Landtag von Niederösterreich
Landtagsdirektion
Eing.: 19.11.2026
Ltg.**1173/XX-2026**

Anfrage

der Abgeordneten Mag.ª Indra Collini gemäß § 39 Abs. 2 LGO 2001 an die Landesrätin für Bildung, Soziales und Wohnbau Mag.ª Christiane Teschl-Hofmeister

betreffend: Berufsschulwesen in Niederösterreich – Standortstrategie, Kostenentwicklung und Umsetzung der Rechnungshofempfehlungen

Der Rechnungshof stellt in seinem Bericht „Berufsschulwesen“ (Reihe Niederösterreich 2026/6, Ltg.-1051/XX-2026) erhebliche Defizite bei der strategischen Steuerung und wirtschaftlichen Organisation des niederösterreichischen Berufsschulwesens fest. Acht der 21 Berufsschulstandorte weisen weniger als 900 Schülerinnen und Schüler auf. Dennoch fehlen eine verbindliche Standortstrategie, ein systematisches Standortmonitoring sowie transparente Kriterien für die Zuordnung der Lehrberufe. Gleichzeitig stiegen die Ausgaben zwischen 2021 und 2024 von 70,17 auf 88,65 Millionen Euro und damit um rund 26 Prozent. Besonderer Klärungsbedarf besteht hinsichtlich der finanziellen Belastung der Gemeinden durch die verrechneten Kostensätze, die über jenen Oberösterreichs liegen. Deren Berechnungsgrundlagen, Zusammensetzung und Entwicklung sowie mögliche strukturelle Einsparungspotenziale bedürfen einer transparenten Darstellung. Angesichts der angespannten finanziellen Situation des Landes und seiner Gemeinden sind die Umsetzung der Rechnungshofempfehlungen, die Wirtschaftlichkeit der bestehenden Standortstruktur sowie konkrete Reform- und Entlastungsmaßnahmen offenzulegen.

Die Gefertigte stellt daher folgende

Anfrage

1) Welche Empfehlungen des Rechnungshofes zum niederösterreichischen Berufsschulwesen wurden umgesetzt, befinden sich in Umsetzung oder wurden nicht aufgegriffen? (Bitte um Darstellung des jeweiligen Umsetzungsstandes, der vorgesehenen Maßnahmen und Fristen.)
2) Bis wann wird eine verbindliche Standortstrategie einschließlich eines systematischen Standortmonitorings für die 21 Berufsschulstandorte vorliegen?
   a) Welche Kriterien hinsichtlich Schülerzahlen, Auslastung, Wirtschaftlichkeit und regionaler Erreichbarkeit werden herangezogen?
   b) Welche Maßnahmen, insbesondere Zusammenlegungen oder Spezialisierungen, werden für die acht Standorte mit weniger als 900 Schülerinnen und Schülern geprüft und welche Einsparungen werden erwartet?
3) Wie entwickelten sich Schülerzahlen, Betriebs- und Erhaltungskosten sowie Investitionsausgaben je Berufsschulstandort von 2021 bis 2025? (Bitte um jährliche Aufschlüsselung einschließlich der Kosten je Schülerin beziehungsweise Schüler.)
   a) Welche Faktoren erklären den Ausgabenanstieg von 70,17 Millionen Euro im Jahr 2021 auf 88,65 Millionen Euro im Jahr 2024 und welche Maßnahmen zur Kostendämpfung wurden ergriffen?
4) Wie entwickelten sich die den niederösterreichischen Gemeinden verrechneten Berufsschulkostensätze von 2021 bis 2026 und wie setzen sich diese zusammen?

a) Welche Personal-, Verwaltungs-, Betriebs-, Erhaltungs-, Investitions- und Internatskosten werden nach welchen Berechnungs- und Verteilungsschlüsseln berücksichtigt?
b) Wie hoch waren die jährlichen Gesamteinnahmen aus diesen Kostenbeiträgen, aufgeschlüsselt nach Gemeinden?
c) Wie unterscheiden sich die Kostensätze und Berechnungsgrundlagen von jenen Oberösterreichs im Zeitraum 2021 bis 2026 und wodurch erklären sich die höheren niederösterreichischen Sätze?
d) Welche Maßnahmen zur Senkung der Kostensätze und finanziellen Entlastung der Gemeinden sind vorgesehen?

5) Nach welchen Kriterien erfolgt die Zuordnung der Lehrberufe zu den einzelnen Berufsschulstandorten und welche Maßnahmen zur transparenten, bedarfsorientierten und wirtschaftlichen Standortzuordnung sind geplant?
6) Welche länderübergreifenden Kooperationen bestehen beziehungsweise werden zur besseren Standortauslastung und Kostenreduktion geprüft?
   a) Wurde die vom Rechnungshof empfohlene Übertragung der laufenden Schulerhaltung an die Bildungsdirektion geprüft und welche organisatorischen beziehungsweise finanziellen Auswirkungen werden erwartet? Falls keine Prüfung erfolgte, weshalb nicht?
7) Welche konkreten strukturellen, organisatorischen und finanziellen Reformmaßnahmen sind bis Ende 2027 vorgesehen und welche quantifizierbaren Einsparungen beziehungsweise Effizienzsteigerungen werden dadurch erwartet? (Bitte um Darstellung, in welchem Ausmaß davon auch die niederösterreichischen Gemeinden profitieren sollen.)